



Stadt Boizenburg/Elbe

Niederschrift

öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Stadtvertretung Boizenburg/Elbe

Sitzungstermin: **Donnerstag, den 14.04.2011**

Sitzungsbeginn: **19:00 Uhr**

Sitzungsende: **21:50 Uhr**

Ort, Raum: **Regionalen Schule Rudolf Tarnow, Pausenhalle**

Sitzungsnummer: **ST/003/2011**

Anwesend sind:

SPD

Frau Christiane Claußen
Frau Heidrun Dräger
Herr Heinz Gohsmann
Herr Hans-Georg Hartmann
Herr Karl-Heinz Kruse
Frau Maike Pohlmann

CDU

Herr Dirk Bönning
Herr Lutz Heinrich
Herr Rainer Knaak
Herr Christian Meyer
Herr Sven Thiel
Herr Udo Behnke
Frau Gisela Steinort

DIE LINKE

Herr Paul Böhm
Herr Werner Dyrba
Herr Gregor Kutzner
Frau Marlies Reimann

BfB

Frau Angela Hartmann
Herr Heino Kühl
Herr Peter Scholz
Herr Rainer Wilmer

FDP

Herr Peter Helle

Bürgermeister

Herr Harald Jäschke

Verwaltung

Frau Marlis Borries-Dettmann

Frau Vera Franck

Frau Sandy Mandlik

Herr Wolf-Eckhard Schröder

Entschuldigt fehlen:

SPD

Herr Rolf Kickbusch

DIE LINKE

Frau Gudrun Dyrba

NPD

Herr Maik Kohlke

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Sitzungsteil gefassten Beschlüsse der Sitzung vom 03.03.2011
- 3 Genehmigung der Tagesordnung
- 4 Genehmigung der Niederschrift vom 03. März 2011
- 5 Bericht des Bürgermeisters
- 6 Information der Bürgervorsteherin
- 7 Ernennung von Ehrenbeamten der Freiwilligen Feuerwehr
Vorlage: 032/11/30
- 8 Bericht der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Boizenburg/Elbe
- 9 Bericht des Senioren-und Behindertenbeirates
- 10 Einwohnerfragestunde
- 11 Anfragen von Mitgliedern der Stadtvertretung
- 12 2. Änderung der Entgeltordnung der Stadt Boizenburg zum Naturerlebnisbad Boizenburg
Vorlage: 009/11/30/01
- 13 Stand der Doppik
Vorlage: 020/11/20
- 14 Bevollmächtigung des Hauptausschusses zur Auftragsvergabe
hier: Ausbau Stiftstraße
Vorlage: 027/11/30

Nicht öffentlicher Teil

- 15 Bericht aus den Gesellschaften mit städtischer Beteiligung
- 16 Verkauf von Grund und Boden
hier: Metlitzhof 2.)
Vorlage: 019/11/30
- 17 Bindung des Vertreters der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Boizenburg/Elbe GmbH
hier: Stammkapitalerhöhung
Vorlage: 022/11/BM
- 18 Verkauf von Grund und Boden
hier: Bauplatz Lindenstraße
Vorlage: 025/11/30
- 19 Verkauf von Grund und Boden
hier: B-Plan 4 von Boizenburg (Gewerbe)
Vorlage: 026/11/30
- 20 Verkauf von Grund und Boden
hier: B-Plan 4 (Gewerbefläche)
Vorlage: 028/11/30
- 21 Anfragen und Mitteilungen

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Die Bürgervorsteherin eröffnet die Stadtvertretersitzung um 19.00 Uhr.
Die Ordnungsmäßigkeit der Ladung wird festgestellt. Zu Sitzungsbeginn sind 20 Stadtvertreter anwesend. Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt

zu 2 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Sitzungsteil gefassten Beschlüsse der Sitzung vom 03.03.2011

Die Bürgervorsteherin gibt die Beschlüsse aus dem nichtöffentlichen Sitzungsteil in der Stadtvertretersitzung am 14.04. 2011 bekannt.

zu 3 Genehmigung der Tagesordnung

Herr Meyer nimmt ab diesem TOP an der Sitzung teil, es sind 21 Stadtvertreter anwesend.

Frau Dräger bittet um die Aufnahme eines TOP 22 nach dem TOP 14. Es geht hier um die Umbesetzung von Ausschüssen.

Herr Wilmer weist darauf hin, dass die Bürgervorsteherin einen Beschluss übersehen hat bei der Bekanntgabe unter TOP 2 der Tagesordnung.

Es ging hierbei um die Empfehlung der Stadtvertretung für die Mitglieder im Aufsichtsrat der Versorgungsbetriebe Elbe GmbH in Punkto Biogasanlage.

Die Bürgervorsteherin stimmt Herrn Wilmer zu und gibt diesen dann ebenfalls bekannt.

Die Bürgervorsteherin bittet darum, den TOP 16 - Verkauf von Grund und Boden - von der Tagesordnung zu nehmen, da die Verwaltung diesen Punkt zurück zieht.

Für den TOP 12 ist die Ergänzungsvorlage 009/11/30/02 zu verwenden, die allen Stadtvertretern im Vorfeld zugegangen war.

Sie bittet weiter darum, die Einwohnerfragestunde aufgrund des hohen Gastauf-

kommens vorzuziehen und bereits im Anschluss an den TOP 7 zu behandeln.

Abstimmung zu den Änderungen: 21:0:0

Die Tagesordnung lautet wie folgt:

- zu 4** **Genehmigung der Niederschrift vom 03. März 2011**
Einwände gegen die Niederschrift werden nicht erhoben.

Abstimmungsergebnis: 21:0:0

Die Niederschrift vom 03.03.2011 ist genehmigt.

- zu 5** **Bericht des Bürgermeisters**
Herr Scholz nimmt ab TOP 5 an der Sitzung teil, es sind 22 Stadtvertreter anwesend.

Der Bericht liegt der Niederschrift als Anlage 1 bei.

Der Bürgermeister teilt zusätzlich mit, dass der Landrat mit Schreiben vom 11. April 2011 der Stadt mitgeteilt hat, dass der Haushalt für 2011 zur Kenntnis genommen worden ist.

Herr Wilmer fragt zum Schreiben des Landrates zum Haushalt 2011, wie der Bürgermeister den Hinweis versteht, dass die Stadt ihre freiwilligen Leistungen auf ein Mindestmaß beschränken sollte.

Für den Bürgermeister ist dies eine Frage der Definition. Die Stadt ist ohnehin, wie von Herrn Wilmer bereits zum Ausdruck gebracht, mit ihren Ausgaben für freiwillige Leistungen sehr zurückhaltend agiert. Dieser Satz steht außerdem in fast jeder Haushaltsgenehmigung.

Zum Thema Nassbaggerung im Hafen fragt Herr Wilmer, ob er richtig verstanden hat, dass sich an der Sudemündung in Richtung Hafeneinfahrt in absehbarer Zeit nichts ändert. Wenn dem so ist, ist das, was derzeit im Hafen gemacht wird, nach seiner Ansicht nicht sinnvoll. Eigentlich wollte die Stadt hier was für die größeren Schiffe verbessern.

Der Bürgermeister erwidert, dass bestimmte Boote bei bestimmten Wasserständen fahren können. Es gilt, die Diskussion in Bezug auf die größeren Schiffe wei-

terzuführen und drauf zu drängen, dass hier entsprechende Maßnahmen durchgeführt werden. Die Begründung des StALU ist, dass durch die Versandung in diesem Bereich der Sudeabfluss nicht behindert ist, was der einzige Grund für das StALU wäre, hier eine Baggerung vorzunehmen. Insofern sind hier noch Gespräche notwendig bzgl. des Einsatzes öffentlicher Mittel für die Förderung des Tourismus.

Herr Gohsmann verweist hinsichtlich der Ausführungen des Bürgermeisters zum Wohnmobilstellplatz darauf, dass eine Beschilderung mit Hinweis auf Wohnmobilstellplätze im Bereich des Hafens erfolgen sollte.

Zur Nassbaggerung fügt er an, dass bekannt war, dass das Geld, was im Moment zur Verfügung steht, nur für den 1. BA reichen würde. Außerdem wurde entschieden, dass der 1. BA in dem Bereich liegt, wo momentan gebaggert wird. Diese Entscheidung ist getroffen worden, weil immer davon ausgegangen worden ist, dass weitere Mittel nachfließen werden.

zu 6 Information der Bürgervorsteherin

Frau Dräger nimmt Bezug auf ihre letzte Bürgersprechstunde und teilt mit, dass es hier in der Hauptsache um den Zustand der Straßen und Wege, „Schmutzecken“ in der Stadt und um Grundstücksangelegenheiten ging.

Die Bürgervorsteherin informiert weiter darüber, dass sie an unterschiedlichen Veranstaltungen teilgenommen hat und hier immer die Grüße der gesamten Stadtvertretung überbracht hat, so geschehen beispielsweise auf der Jahreshauptversammlung des DRK, zum Hyazinthenfest und auf der Stadtvertretersitzung am 11.03.2011 in Lauenburg/Elbe, in der der neue Bürgermeister, Herr Thiede, in sein Amt eingeführt worden ist. Der scheidende Bürgermeister, Herr Heuer, ist gleichzeitig verabschiedet worden.

Ferner hat sie teilgenommen an einem Gelöbnis der Rekrutenkompanie 7 und der 5. Kompanie in Hagenow. Oberstleutnant Felten hat das Kommando abgegeben. Dies war wahrscheinlich auch die letzte Veranstaltung dieser Art, da es in diesem Bereich eine Umstruktuiierung im Rahmen der Bundeswehr gibt.

Sie macht noch einmal darauf aufmerksam, dass in der Zeit vom 06. bis 09. Mai eine Delegation aus der polnischen Partnerstadt Czersk in Boizenburg zu Gast sein wird.

Am 30. April wird hier in Boizenburg der Bündnistag, eine Veranstaltung im Rahmen des Bündnisses für Familie, stattfinden. Dies wird geschehen im Zusammenhang mit der Aufstellung des Maibaumes auf dem Marktplatz. Sie wünscht sich eine rege Teilnahme an diesem Tag.

Am 08. Mai wird es wie jedes Jahr eine Feierstunde auf dem Friedhof geben.

zu 7 Ernennung von Ehrenbeamten der Freiwilligen Feuerwehr

Vorlage: 032/11/30

Auf der Grundlage des Gesetzes über den Brandschutz und die Hilfeleistungen der Feuerwehren (BrSchG) für Mecklenburg-Vorpommern in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. Mai 2002, zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. März 2009 (GVOBl. M-V S. 282) werden

Bernd Buck	-	Ortswehrführer der FF Schwartow
Hartwig Hinzmann	-	Stellv. Ortswehrführer FF Schwartow
Olaf Rogge	-	Ortswehrführer der FF Bahlen
André Hilpert	-	Stellv. Ortswehrführer FF Bahlen
Sven Battige	-	Ortswehrführer der FF Gothmann
Peter Sorgenfrey	-	Stellv. Ortswehrführer FF Gothmann

für die Dauer ihrer Amtszeit zu Ehrenbeamten ernannt.

Die Bürgervorsteherin teilt mit, dass der Ortswehrführer der FF Gothmann als auch sein Stellvertreter heute beruflich verhindert sind. Ihre Ernennung wird deshalb zu einem späteren Zeitpunkt nachgeholt.

Der Bürgermeister und die Bürgervorsteherin nehmen die Ernennung und die Verpflichtung der anwesenden Ortswehrführer und ihrer Stellvertreter vor.

Beschluss: 032/11/30

Die Stadtvertretung der Stadt Boizenburg/Elbe beschließt auf ihrer Sitzung am 14. April 2011 die Ernennung von

tow	Bernd Buck	-	Ortswehrführer der FF Schwartow
	Hartwig Hinzmann	-	Stellv. Ortswehrführer der FF Schwar-
	Olaf Rogge	-	Ortswehrführer der FF Bahlen
	André Hilpert	-	Stellv. Ortswehrführer FF Bahlen

für die Dauer ihrer Amtszeit zu Ehrenbeamten.

zu 8

Einwohnerfragestunde

Herr Prötzig erklärt, dass der Lärm in der Altstadt einen unerträglichen Zustand erreicht hat. Er fragt, was die Stadt unternimmt, um diesem akuten Lärm entgegenzuwirken.

Der Bürgermeister antwortet ihm, dass er nur das wiederholen kann, was er zu Einen in der Einwohnerversammlung gesagt hat und zum Anderen ihm in einer E-Mail mitgeteilt hat.

Wenn die Ursache für den Lärm der Durchgangsverkehr ist, von der alle ausgehen, müssen Überlegungen zur Vermeidung dieses Durchgangsverkehrs angestellt werden. Das heißt, dass über verkehrslenkende Maßnahmen nachgedacht werden muss. Das geht aber erst, wenn das Bauvorhaben in der Stiftstraße fertiggestellt ist. Parallel zu dieser Baumaßnahme ist die Stadt dabei, Gespräche mit Verkehrsplanern zu führen, wie dies zu lösen sein könnte. Die Verwaltung wird dann mit den entsprechenden Vorschlägen in den zuständigen Fachausschuss gehen. Dabei wird es positive Entwicklungen für die Bewohner geben, gleichzeitig aber möglicherweise auch negative Auswirkungen für die Gewerbetreibenden in der Altstadt. Betroffen sein wird auch die Zufahrt für die Rettungskräfte zur Feuerwache, die Verkehrsführung der LVG. Letztendlich wird das in einer Versammlung der Öffentlichkeit vorgestellt und diskutiert werden und wenn es dann zu einem Konsens kommt, wird das umgesetzt.

Herr Prötzig wirft dem Bürgermeister vor, die Nerven der Betroffenen seit 2002 mit dieser Thematik zu strapazieren. Er fragt weiter, warum der Bürgermeister dann 2006 gesagt hat, die Fahrzeuge sollen über die Galliner Straße abfahren. Es hat jahrelang gedauert, bis die Galliner Straße fertiggestellt war, wobei kaum Fahrzeuge über die Galliner Straße abfahren, weil die verkehrslenkenden Maßnahmen nicht eingesetzt haben. Der Bürgermeister denkt ihm zu lange nach, er verlangt, dass er endlich handelt.

Der Bürgermeister entgegnet, dass er keinem Verkehrsteilnehmer vorschreiben kann, wo er langfahren soll, und das ist Herrn Prötzig auch bekannt. Dies kann nur mit verkehrsrechtlichen Anordnungen erreicht werden. Diese werden nicht von der Stadt erlassen, sondern von der Straßenverkehrsbehörde. Er erläutert am Beispiel des Zustandes der Kreuzung Quöbbe/Stiftstraße, dass hier keine LKW oder größeren Busse rumfahren können, weil die Radien hier nicht ausreichen, kann er die Altstadt an dieser Stelle nicht einfach zumachen. Wenn Kraftfahrer eine schlecht zu befahrene holprige Altstadt einer mittlerweile ausgebauten Bundesstraße, zumindest im Stadtbereich, vorziehen, sind sie teilweise selber schuld.

Herr Prötzig fragt den Bürgermeister, warum er seit 10 Jahren immer erklärt, was nicht geht und nicht, was geht.

Der Bürgermeister erwidert, dass er Herrn Prötzig mehrfach erklärt hat, was geht. Allerdings sind hierfür bestimmte Schritte erforderlich.

Herr Rademacher ist Elternratsvorsitzender an der Regionalen Schule Rudolf Tarnow und fragt, wie die Schüler an der Bushaltestelle vor dieser Schule von Seiten der Stadt geschützt werden. Die Kinder sind hier nicht sicher, sie haben Angst. Er bittet darum, Sicherheit und Ordnung an der Schule im Bereich der

Bushaltestelle wieder herzustellen.

Der Bürgermeister erklärt, dass ihm bzw. der Verwaltung die Situation an der Bushaltestelle der Tarnowschule nicht unbekannt ist. Er erinnert in diesem Zusammenhang an eine ähnliche Eskalation vor 3-4 Jahren. Die Aufsichtspflicht des Schulpersonals hört an der Schulhofgrenze auf, die Bushaltestelle befindet sich auf öffentlicher Fläche. Für Sicherheit und Ordnung im öffentlichen Bereich ist die Polizei zuständig. Die städtischen Mitarbeiter im Außendienst haben nur sehr eingeeengte Zuständigkeitsbereiche. Sie sind z.B. nicht einmal befugt, Personalien festzustellen, geschweige denn, Personen festzuhalten. Die Anwendung des unmittelbaren Zwangs, um den es geht, obliegt ausschließlich der Polizei. Es hat in der Vergangenheit intensive Gespräche mit der Polizei hier vor Ort gegeben, mit dem Ergebnis, dass es teilweise etwas ruhiger wurde, wenn die Beamten direkt an Ort und Stelle waren. Der Versuch, die Bushaltestelle von der Schule aus mit Hilfe von Videos zu überwachen ist gescheitert, weil eine Videoüberwachung im öffentlichen Raum ein sehr heikles Thema ist. Es geht hierbei um datenschutzrechtliche Belange und es ist immer der Datenschutzbeauftragte des Landes mit einzuschalten. Aufgrund seiner Stellungnahme musste dann von einer Videoüberwachung Abstand genommen werden. Hier gilt z.B. das Recht des Einzelnen auf freie unbeaufsichtigte Bewegung usw. Er lädt Herrn Rademacher ein, an den Gesprächen, die mit der Polizei zu führen sein werden, teilzunehmen.

Herr Rademacher fragt, ob man nicht für jede Schule eine extra Bushaltestelle einrichten kann, um die Konzentration an der Tarnowschule abzubauen. Es handelt sich hier um mehrere Hundert Schüler.

Diese Frage kann der Bürgermeister ohne Prüfung von Verkehrsfragen nicht gleich beantworten. Herr Rademacher wird aber eine Antwort hierauf bekommen. Nach seiner Kenntnis hat die LVG erhebliche logistische Probleme damit, einzelne Bushaltestellen anzufahren.

Zum Hinweis von Herrn Rademacher, dass Kinder der Schutzbefohlene sind, merkt

Herr Jäschke an, dass es hier eine Verantwortung der Schule und der Eltern gibt. Die Stadt als Schulträger ist an dieser Stelle nicht der „Schutzgeber“.

Herr Quirk präsentiert ein selbst hergestelltes Wurfgeschoss, mit dem die Kinder täglich konfrontiert sind. Das ist kein normaler Zustand mehr.

Frau Dräger weist zum wiederholten Male darauf hin, dass es gemäß Kommunalverfassung und Geschäftsordnung für die Stadtvertretung in der Einwohnerfragestunde nur gestattet ist, Fragen zu formulieren.

Sie schlägt Herrn Rademacher deshalb vor, in den nächsten Ausschuss für Schule, Kultur und Sport, der innerhalb der nächsten 4 Wochen stattfindet, zu kommen, um hier die Problematik in dem ihr gebührenden Umfang zu besprechen.

Herr Quirk fragt, wann in Sachen Schulbushaltestelle in Bahlen was passiert bzw. die LVG Bahlen anfährt.

Der Bürgermeister antwortet, dass hierfür ein ziemlich hoher Betrag in den Haus-

halt der Stadt eingestellt werden muss, weil hier eine Auftrittsfäche nötig ist. Im aktuellen Haushalt ist hierfür kein Geld vorhanden. Er wird in der Einwohnerversammlung in Bahlen, die im Juni stattfindet, Genaueres sagen.

Herr Quurk möchte wissen, ob sich die LVG weiterhin weigert, die Bushaltestelle in der Alten Straße anzufahren.

Der Bürgermeister meint, dass jetzt die fehlende Bushaltestelle das Problem ist, nicht mehr die Straße selbst. Die Bushaltestelle stellt im Moment ein finanzielles Problem dar.

Herr Hahn fragt, ob man nicht Zivilfahnder einsetzen kann angesichts der Gefährdung der Kinder an der Bushaltestelle an der Tarnowschule.

Der Bürgermeister stellt klar, dass es sich auch hier um eine Frage handelt, die nur die Polizei beantworten kann und erneuert seine Einladung zur Teilnahme am Gespräch zwischen Stadt und Polizeirevier.

Herr Hahn erwidert darauf, dass die Polizei sie in dieser Frage an die heute stattfindende Sitzung der Stadtvertretung verwiesen hat.

Der Bürgermeister wird versuchen, für nächste Woche einen Termin mit dem Revierleiter zu vereinbaren, an dem beispielweise Herr Rademacher dann teilnehmen kann.

Herr Leveknecht möchte wissen, in welcher Abfolge das ausgebaggerte Gefahrgut im Hafen im Rahmen der Nassbaggerung entsorgt wird.

Zur Ampel am Bahnhof fragt er, wie es diesbezüglich mit der Nutzung aussieht.

Der Bürgermeister antwortet, dass die Ampel am Bahnhof abgeschaltet bleibt. Ob sie abgebaut wird, ist ihm nicht bekannt. Das muss er abklären.

Zur Nassbaggerung führt er aus, dass das Gefahrgut auf das Spülfeld geleitet wird und dort liegen bleiben wird. Zu einem späteren Zeitpunkt kommt dann wieder der Boden darauf, der irgendwann bewachsen sein wird. Für das Spülfeld bedurfte es einer naturschutzrechtlichen Genehmigung, weil es sich im Landschaftsschutzgebiet befindet. Das Baggergut ist belastet (Z 2) wobei diese Belastung geringer ist als die des Bodens, wohin das Baggergut verbracht wird. Im Prinzip wird mit diesem gering belasteten Boden höher belasteter Boden aufge bessert. Aus diesem Grund ist die Genehmigung zur Verbringung des Baggergutes auf das Spülfeld erteilt worden.

Eine anwesende Schülerin fragt, warum die Polizei an der Bushaltestelle nicht öfter Präsenz zeigt.

Der Bürgermeister antwortet, dass es sich bei dieser Frage auch um eine Frage handelt, die nur die Polizei beantworten kann. Das Revier in Boizenburg leidet generell darunter, dass es einen sehr großen Zuständigkeitsbereich abzudecken hat, der bis nach Zarrentin, Vellahn und fast bis Neuhaus reicht. Es bedarf nach seiner Überzeugung eines sehr intensiven Gespräches mit der Polizei zu den heute hier angesprochenen Problemen.

Anmerkung:

Die Bürgervorsteherin musste im Rahmen der Einwohnerfragestunde aufgrund der angespannten Stimmung unter den anwesenden Einwohnern mehrfach auf die Einhaltung der Geschäftsordnung verweisen, nach der in der Einwohnerfragestunden nur Fragen gestattet sind.

zu 9

Bericht der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Boizenburg/Elbe

Der Bericht wird gehalten von der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Boizenburg/Elbe und liegt der Niederschrift als Anlage 2 bei.

Herr Wilmer nimmt im Anschluss an den Bericht Bezug auf den § 11 der Hauptsatzung der Stadt Boizenburg/Elbe. Hier steht, wann der Bericht der Gleichstellungsbeauftragten erfolgen soll bzw. muss und was er enthalten soll.

Er fragt, warum im Januar 2010 kein Bericht über das Jahr 2009 gegeben wurde. Die Hauptsatzung sagt, dass der Bericht im Januar zu erfolgen hat. Inzwischen haben wir bereits Mitte April. In der Hauptsatzung steht auch, dass der Bericht auch Aussagen treffen soll über Gesetze, Erlasse usw. des Bundes und des Landes in frauenspezifischen Belangen.

Der Bürgermeister erklärt zur 1. Frage, dass schlicht vergessen worden ist, den Bericht auf die Tagesordnung zu setzen. Hierfür entschuldigt er sich. Zwischenzeitlich sind die technischen Bedingungen so, dass der Bericht immer im Januar eines Jahres automatisch auf die Tagesordnung kommt.

Die Gleichstellungsbeauftragte, Frau Dyrba, versteht den Anwurf von Herrn Wilmer nicht. Sie vermutet, dass Herr Wilmer nicht richtig zugehört hat. Die Gesetze im Einzelnen alle aufzuzählen bzw. vorzutragen sprengt nach ihrer Auffassung den zeitlichen Rahmen („.....denn sitzen wir Morgen früh noch hier“.)

Herr Wilmer erwidert, dass der Bürgermeister und Frau Dyrba sich ganz einfach an die Festlegungen der Hauptsatzung halten mögen. Er wird an anderer Stelle darauf zurückkommen.

zu 10

Bericht des Senioren-und Behindertenbeirates

Der Bericht liegt der Niederschrift als Anlage 3 bei.

zu 11

Anfragen von Mitgliedern der Stadtvertretung

Herr Wilmer fragt im Zusammenhang mit den vorgetragenen Fragen in der Einwohnerfragestunde, ob die Verwaltung prüfen kann, ob das Schulgrundstück um den Bereich der Bushaltestelle ausgeweitet werden kann.

Außerdem fragt er nach den Kosten der Haltestellensituation im Ortsteil Bahlen. Er hätte gern alsbald eine Aussage hierzu vorliegen.

Der Bürgermeister glaubt, dass dies in einer Bauausschusssitzung bereits vorgelegen hat. Er wird veranlassen, dass ihm dies noch mal vorgelegt wird.

Frau Claußen ist von Bürgern auf die Firma IUG angesprochen worden. Sie möchten wissen, wie der Stand zum Blockheizkraftwerk ist.

Der Bürgermeister antwortet, dass die Stadtvertretung im letzten Jahr die 3. Änderung des Flächennutzungsplanes beschlossen hat, um letztendlich den Willen der Stadt dahingehend zu dokumentieren, dass an der Stelle des ehemaligen Heizkraftwerkes der Elbewerftgärtnerei kein neues Kraftwerk entstehen kann. Es handelt sich hierbei um eine Maßnahme, gegen die ein rechtliches Verfahren möglich ist. Insofern ist abzuwarten, wie sich das entwickelt.

Frau Claußen fragt, ob denn davon ausgegangen werden kann, dass eine regelmäßige Information zum Sachstand von Seiten der Verwaltung erfolgen wird.

Der Bürgermeister erklärt, dass er im Hauptausschuss hierüber informiert hat. Er kann gern im nichtöffentlichen Teil der Sitzung weitere Ausführungen hierüber machen.

Herr Wilmer fragt, ob der Bürgermeister es überhaupt für erforderlich hält, mit den Herren der Firma IUG zu reden.

Der Bürgermeister antwortet, dass diese Grundstückseigentümer sind und insofern betroffen sind von den Planungen der Stadt.

Herr Wilmer entgegnet, dass sich der Bürgermeister im Verfahren selbst nicht hierzu geäußert hat, wobei dies im Rahmen des Verfahrens Anlass genug gewesen wäre.

Der Bürgermeister stimmt der Auffassung von Herrn Wilmer zu.

Herr Thiel nimmt Bezug auf die Toiletten im Hafen. Er weist darauf hin, dass es aus Richtung Lauenburg gesehen keinen Hinweis darauf gibt, dass es hier öffentliche Toiletten gibt.

Der Bürgermeister nimmt den Hinweis von Herrn Thiel zur Kenntnis.

Herr Dyrba spricht erneut den Verbindungsweg zwischen Bahnhof und Stadt an. Bisher hat es noch keinen ernsthaften Unfall gegeben. Allerdings ist er vor ca. 2 Wochen Zeuge eines Beinahe-Unfalls geworden, als 2 Mädchen die Straße überquerten und ein Fahrzeug mit relativ hoher Geschwindigkeit angefahren kam. Er bittet darum, dass diese Problematik noch einmal mit dem Straßenverkehrsamt erörtert wird. Es gibt Bereiche, in denen die Geschwindigkeit auf 70 Km/h begrenzt ist, die wesentlich besser einzusehen sind, als der von ihm angespro-

chene Teil.

Herr Knaak bezieht sich auf die Müllaktion, die vom Jugendfreizeithaus organisiert worden ist. Er war enttäuscht, dass nur so wenige Boizenburger sich hieran beteiligt haben. Er hätte sich eine größere Beteiligung von Stadtvertretern und auch die des Bürgermeisters gewünscht. Er fragt, ob über die Einwohnerversammlungen solche Säuberungsaktionen in den jeweiligen Ortsteilen die Wege geleitet werden können.

Herr Knaak schließt an, dass er von einer Bürgerin angesprochen worden ist auf den „vermüllten“ Zustand an einem Teil des Weges (Knick) entlang der Ladestraße, der aus Richtung Schwartow kommend an den Bahngleisen langführt. Er fragt, wer für diesen Weg zuständig ist und damit auch die Beseitigung des Mülls.

Der Bürgermeister sagt zu, dass die Verwaltung das vor Ort prüfen wird. Zur Müllbeseitigungsaktion des Jugendfreizeithauses führt er aus, dass er hiervon erst am Mittwoch davor erfahren hat und so kurzfristig dann nicht teilnehmen konnte aus zeitlichen Gründen. Ursprünglich war geplant, den Termin rechtzeitig bekanntzugeben. Aufgrund des Ausfalls von Frau Romanski-Schellenberg vom IB, auf deren Vorschlag hin diese Aktion überhaupt stattgefunden hat, hat es diese kurzfristige Information gegeben.

Den Vorschlag von Herrn Knaak zu den Müllsammelaktionen greift er gern auf und wird dies in den Einwohnerversammlungen ansprechen.

Herr Kühl erinnert an die Aussage des Bürgermeisters, dass das letzte Stück der Galliner Straße nach Schwartow nachgebessert werden sollte, wenn die Witterung es zulässt.

Der Bürgermeister korrigiert Herrn Kühl dahingehend, dass er den Monat Mai hierfür genannt habe.

Frau Steinort greift die Frage der Sicherheit an der Bushaltestelle an der Tarnowschule auf und bittet darum, für den Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus, Umwelt, Ordnung und Sicherheit (AWTUOS) diesen Punkt auf die Tagesordnung zu nehmen. Den Ausschussvorsitzenden bittet sie darum, Herrn Rademacher in den Ausschuss am 20. April 2011 einzuladen, um die Angelegenheit hier entsprechend zu diskutieren.

Herr Knaak erinnert Herrn Jäschke an die Situation am Bahnhof (Müll auf dem Bahnhofsgelände) und bittet ihn, nochmal bei der DB AG anzurufen.

Der Bürgermeister hatte die Angelegenheit in den zuständigen Fachbereich delegiert und geht davon aus, dass ein Gespräch bereits stattgefunden hat. Er wird sich sachkundig machen und Herrn Knaak informieren.

bad Boizenburg

Vorlage: 009/11/30/02

Herr Gohsmann geht auf die Empfehlung des Ausschusses für Soziales, Kultur und Sport in Bezug auf die Jahreskarten ein. Nach seiner Kenntnis hat sich der Ausschuss einstimmig dafür entschieden. Allerdings sind im Nachhinein in der SPD-Fraktion und auch im Rechnungsprüfungsausschuss Fragen aufgetaucht, die er denn doch heute Abend ansprechen möchte. Wenn sich die im Haushalt für 2011 ausgewiesenen Einnahmen in der Position - Naturerlebnisbad – durch die Einführung von Jahreskarten bzw. Saisonkarten verringern, wird die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben größer.

Es ist in der Fraktion die Frage diskutiert worden, ob mit einer Jahreskarte für Kinder zum Preis von 16,- € überhaupt der Kostenaufwand gedeckt werden kann, der für die Einführung der Saisonkarte erforderlich wird. Die zweite Frage ist, für wen diese Jahreskarten/Saisonkarten ausgegeben werden sollen. Nur für Boizenburger oder auch die Einwohner im Bereich des Amtes Boizenburg-Land, oder noch den halben Landkreis dazu. Er ist der Auffassung, dass die Stadt ihre freiwilligen Leistungen nicht dafür zur Verfügung stellen kann, dass Jeder dieses Angebot nutzen kann. Insofern schlägt die SPD-Fraktion vor, die Entgeltordnung wie vom SKS und Finanzausschuss empfohlen, zu beschließen, allerdings ohne den Passus Jahreskarte. Die Verwaltung sollte zudem den Auftrag erhalten, für die nächste Saison 2012 die Höhe der Entgelte einschließlich Kalkulation so vorzubereiten, das erkennbar ist, wie hoch der Mindestpreis sein muss für eine Jahreskarte, um diese dann für das Jahr 2012 zu beschließen.

Herr Heinrich nimmt Bezug auf die Diskussion zur Jahreskarte in den vergangenen Jahren und regt an, diesbezüglich umzudenken und endlich eine Jahreskarte einzuführen.

Eine Jahreskarte, beschränkt auf die Boizenburger kommt für ihn nicht in Frage. Gemessen am Beispiel der Eintrittspreise im Adendorfer Freibad hält er den Preis von 16,00 € für Kinder für gerechtfertigt und spricht sich auch dafür aus, dies bereits in diesem Jahr zu beginnen.

Den in der Sachdarstellung aufgeführten Satz: „ Die 24 Stunden sollen bedeuten von 00:00 Uhr-23:59 Uhr“ – bittet er zu streichen und so zu belassen, wie es bisher war.

Auf das Preisbeispiel Freibad Adendorf entgegnet der Bürgermeister, dass die Preise nur die eine Seite sind. Man muss sich auch den Kostendeckungsplan und den Deckungsgrad ansehen. In Boizenburg liegt der Kostendeckungsbetrag bei knapp 10%. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die Hinweise der Kommunalaufsicht zum Haushaltsplan in Bezug auf die Reduzierung des Umfangs der freiwilligen Leistungen in Boizenburg. Er ist der Auffassung, dass man es sich nicht leisten können wird, die Eintrittspreise noch weiter zu verringern. Hinzu kommt, dass die Stadt durch die Jahreskarte frühzeitig das Geld hierfür einnimmt.

Herr Scholz schließt sich in seiner Auffassung der von Herrn Heinrich an und verweist dabei auf die Änderung in der Einnahmesituation des städtischen Museums. Insofern sollte man den Empfehlungen der beiden Ausschüsse folgen und nach einem Probejahr wird sich dann zeigen, ob eine neue Regelung erforderlich wird.

Herr Gohsmann weist darauf hin, dass der Finanzausschuss sich ursprünglich für eine andere Regelung, ohne Jahreskarte, entschieden hatte. Wenn, wie von Herrn Heinrich angeführt, frühzeitig Geld eingenommen wird durch die Jahreskarte, ist dies durch die Zehnerkarte auch möglich. Mit dem Preis für eine Jahreskarte von 16,- € für Kinder subventioniert die Stadt diese Karte mit 32,- €/Kind. Nach Meinung der SPD-Fraktion sind die 16,- € nicht ausreichend, um den Aufwand für die Jahreskarte zu decken. Das sollte auf jeden Fall nachgerechnet werden.

Abstimmung zum Antrag der SPD-Fraktion: 9:12:1

Der Antrag ist abgelehnt.

Der von Herrn Heinrich genannte Satz in der Sachdarstellung ist zu streichen.

Beschluss: 009/11/30/02

Die Stadtvertretung der Stadt Boizenburg/Elbe beschließt auf Ihrer Sitzung am 14.04.2011 die 2. Änderung der Entgeltordnung der Stadt Boizenburg/Elbe für das Naturerlebnisbad und des Freizeitplatzes Boizenburg ab der Saison 2011, einschließlich der dazugehörenden Gebührenkalkulation mit den geänderten Preisvorschlägen des Ausschusses für Soziales, Kultur und Sport der Stadt Boizenburg/Elbe.

Abstimmungsergebnis: 11:8:3

zu 13

Stand der Doppik

Vorlage: 020/11/20

Herr Wilmer merkt an, dass die Fraktion nicht damit einverstanden ist, dass die Verwaltung vorsieht bis zum Ende des 2. Quartals 2012 auf den 1. doppelten Haushalt zu warten. Ein halbes Jahr Übergangswirtschaft kommt für die Fraktion

nicht in Frage. Außerdem bezweifelt er aufgrund seiner Erfahrung im Kreis zum Thema Umstellung von der Kameralistik auf die Doppik, dass die Umstellung bis zu einem halben Jahr dauern kann. Wenn die Verwaltung nicht bis spätestens Februar einen verabschiedungsreifen Haushalt vorlegt, wird ein entsprechender Antrag in der entsprechenden Sitzung zur Tagesordnung gestellt werden.

Der Bürgermeister drückt aus, dass die Verwaltung natürlich daran interessiert ist, dies so schnell wie möglich hinter sich zu bringen, allerdings braucht es vorher einen Jahresabschluss. Herrn Wilmer ist bekannt, dass es im Bereich der Kämmerei noch einen Personalwechsel geben wird. Vorgesehen ist, Ende Mai eine Test-Eröffnungsbilanz vorzulegen. Mit der Struktur in der Verwaltung soll sich die Stadtvertretung am 30.06.2011 befassen.

Herr Wilmer befürchtet in diesem Zusammenhang für die Sitzung der Stadtvertretung am 30.06.2011 eine Mammut-Tagesordnung.

Er bittet deshalb die Bürgervorsteherin darum, gemeinsam mit dem Bürgermeister zu überlegen, zwischen heute und dem 30.06.2011 eine weitere Sitzung der Stadtvertretung vorzusehen.

Die Berichtsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**zu 14 Bevollmächtigung des Hauptausschusses zur Auftragsvergabe
hier: Ausbau Stiftstraße
Vorlage: 027/11/30**

Herr Wilmer erklärt, dass die Fraktion der Bevollmächtigung nicht zustimmen wird. Es wird zum wiederholten Male beanstandet, dass sich die Verwaltung nicht an die Terminpläne (Sitzungsdienst) für die Stadtvertretung hält, sondern ihre eigenen Termine macht. Es handelt sich hier um eine Angelegenheit, die in die Stadtvertretung gehört. Außerdem sind in der Hauptsatzung Wertgrenzen festgelegt worden und seine Fraktionskollegen wollen über die Auftragsvergabe mit beschließen.

Herr Gohsmann merkt an, dass der ABSVD der Übertragung auf den Hauptausschuss einstimmig zugestimmt hat, da die Terminkette mit Baubeginn 07.06. nicht gehalten werden kann. Dadurch würde das Bauvorhaben nach hinten verschoben werden und es wäre fraglich, ob es dann in diesem Jahr überhaupt noch umzusetzen wäre. Dadurch könnte Geld verloren gehen.

Herr Wilmer teilt unabhängig vom Ausgang der Abstimmung mit, dass sich seine Fraktion ausdrücklich vorbehält, eine Sitzung der Stadtvertretung zu beantragen, in der dann auch rechtzeitig dieser Punkt auf die Tagesordnung kommt.

Der Bürgermeister erläutert anhand dieses Beispiels (Terminkette), dass eine Auftragsvergabe nicht allein von den Sitzungsterminen der Stadtvertretung abhängig ist. Die Verwaltung hat vor, im nichtöffentlichen Sitzungsteil eine weitere Sitzung der Stadtvertretung zu beantragen, da auch noch andere Maßnahmen zu beschließen sind. Er weiß allerdings nicht, ob eine Sitzung vor dem 23.05. zustande kommen wird.

Daraufhin erklärt Herr Wilmer, dass der Beschluss dann heute ja nicht gefasst werden muss.

Auf der Grundlage der Ausführungen von Herrn Jäschke zur terminlichen Abfolge beantragt Herr Wilmer Akteneinsicht zur Terminkette im Rahmen der Planungen zur vorgesehenen Maßnahme in der Stiftstraße.

Frau Dräger verweist noch einmal darauf, dass im Falle einer Sitzung der Stadtvertretung vor dem 23.05.2011 die Auftragsvergabe auf die Tagesordnung dieser Sitzung gesetzt wird.

Beschluss: 027/11/30

Die Stadtvertretung der Stadt Boizenburg/Elbe beschließt auf Ihrer Sitzung am 14.04.2011 die Bevollmächtigung des Hauptausschusses am 23.05.2011 den Auftrag der Bauleistung zum Ausbau der Stiftstraße mit Kanal- und Straßenbau nach erfolgter öffentlicher Ausschreibung und Submission zu vergeben.

Abstimmungsergebnis: 17:4:1

zu 15 Antrag der Fraktion BfB vom 14.04.2011 Besetzung der Ausschüsse; gemeinsamer Wahlvorschlag

Die Bürgervorsteherin teilt mit, dass im Ausschuss für Bau, Stadtplanung, Verkehr und Umweltschutz ordentliches Mitglied Herr Peter Scholz wird und sein Vertreter Herr Harald Johnsen.

Die Stadtvertretersitzung wird für eine Pause von 10 Minuten unterbrochen.

Beschluss:

Die Stadtvertretung der Stadt Boizenburg/Elbe beschließt nachfolgende Um-
setzung im Ausschuss für Bau, Stadtplanung, Verkehr und Umweltschutz.

Ordentliches Mitglied:

Herr Peter Scholz

Stellvertreter:

Herr Harald Johnsen

Abstimmungsergebnis: 21:0:1

Für die Richtigkeit:

Datum: 06.07.22

Marlis Borries-Dettmann
Protokollführer/in

Ausschussvorsitzende/r